



## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und  
Parlamentsfragen

### 1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/19628

für ein Bayerisches Datenschutzgesetz

### 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD

Drs. 17/20407

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)

### 3. Änderungsantrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU

Drs. 17/20500

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)

### 4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20803

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)  
hier: Verzicht auf Glaubhaftmachung des berechtigten Interesses

### 5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20805

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)  
hier: Konkretisierung der Form der Auskunftserteilung

### 6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20806

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)  
hier: Streichung der Fallgruppen im Rahmen  
des Rechts auf Auskunft

### 7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/20826

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)

### 8. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u.a. CSU

Drs. 17/20843

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)

### 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/20937

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein  
Bayerisches Datenschutzgesetz  
(Drs. 17/19628)  
hier: Funkwasserzähler

### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass Art. 39b Abs. 3 wie folgt geändert wird:

1. Dem durch Nr. 2 Buchst. a neu eingefügten Abs. 4 werden die folgenden Sätze 5 und 6 angefügt:

„<sup>5</sup>Soll ein Wasserzähler mit Funkmodul eingesetzt werden, weist die Gemeinde den Eigentümer und den berechtigten Nutzer des versorgten Objekts spätestens drei Wochen vorher in einer verständlichen und von anderen Informationen getrennten Form darauf hin, dass sie dem Einsetzen innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Zugang des Hinweises jeweils unabhängig voneinander schriftlich widersprechen können. <sup>6</sup>Übt einer der Berechtigten das Widerspruchsrecht fristgerecht aus, darf ein elektronischer Wasserzähler mit Funkmodul nicht eingesetzt werden.“

2. Nach Nr. 2 wird folgende Nr. 3 eingefügt:

„3. Nach Art. 94 wird folgender Art. 94a eingefügt:

„Art. 94a

Wasserversorgungsunternehmen  
in Privatrechtsform

<sup>1</sup>Gehören der Gemeinde Anteile an einem Unternehmen der öffentlichen Versorgung mit Wasser (Wasserversorgungsunternehmen) in dem in § 53 HGrG bezeichneten Umfang oder bedient sie sich zur Durchführung der Wasserversorgung eines Dritten, so hat sie dafür Sorge zu tragen, dass Art. 24 Abs. 4 Satz 5 und 6 zur Anwendung kommt. <sup>2</sup>Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einem Wasserversorgungsunternehmen keine Mehrheitsbeteiligung im Sinn des § 53 HGrG, so soll sie darauf hinwirken, dass Art. 24 Abs. 4 Satz 5 und 6 zur Anwendung kommt.“

3. Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 4.

Berichterstatte(r)in zu 1, 3: **Petra Guttenberger**  
Berichterstatte(r) zu 2: **Florian Ritter**  
Mitberichterstatte(r) zu 1, 3: **Florian Ritter**  
Mitberichterstatte(r)in zu 2: **Petra Guttenberger**

## II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge federführend beraten und endberaten.  
Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den

Gesetzentwurf und die Änderungsanträge mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20407 und Drs. 17/20500 in seiner 81. Sitzung am 1. Februar 2018 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20500 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20407 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20407 und Drs. 17/20500 in seiner 77. Sitzung am 21. Februar 2018 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20500 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20407 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20407, Drs. 17/20500, Drs. 17/20803, Drs. 17/20805, Drs. 17/20806, Drs. 17/20826, Drs. 17/20843 und Drs. 17/20937 in seiner 88. Sitzung am 28. Februar 2018 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung  
 SPD: Zustimmung  
 FREIE WÄHLER: Zustimmung  
 B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- I. Art. 39b Abs. 3 wird wie folgt geändert:

1. Dem durch Nr. 2 Buchst. a neu eingefügten Abs. 4 werden die folgenden Sätze 5 und 6 angefügt:

„<sup>5</sup>Soll ein Wasserzähler mit Funkmodul eingesetzt werden, weist die Gemeinde den Gebührensschuldner und den Eigentümer des versorgten Objekts spätestens drei Wochen vorher in einer verständlichen und von anderen Informationen getrennten Form darauf hin, dass sie oder ein berechtigter Nutzer dem Betrieb eines Wasserzählers unter Verwendung der Funkfunktion innerhalb einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Zugang des Hinweises jeweils unabhängig voneinander schriftlich widersprechen können. <sup>6</sup>Übt einer der Berechtigten das Widerspruchsrecht fristgerecht aus, darf ein elektronischer Wasserzähler nicht unter Verwendung der Funkfunktion betrieben werden.“

2. Nach Nr. 2 wird folgende Nr. 3 eingefügt:

„3. Nach Art. 94 Abs. 3 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) <sup>1</sup>Gehören der Gemeinde Anteile an einem Unternehmen der öffentlichen Versorgung mit Wasser (Wasserversorgungsunternehmen) in dem in § 53 HGrG bezeichneten Umfang oder bedient sie sich zur Durchführung der Wasserversorgung eines Dritten, so hat sie dafür Sorge zu tragen, dass Art. 24 Abs. 4 Satz 5 und 6 zur entsprechenden Anwendung kommt. <sup>2</sup>Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einem Wasserversorgungsunternehmen keine Mehrheitsbeteiligung im Sinn des § 53 HGrG, so soll sie darauf hinwirken,

dass Art. 24 Abs. 4 Satz 5 und 6 zur entsprechenden Anwendung kommt.“

3. Die bisherige Nr. 3 wird Nr. 4.

- II. Art. 39b Abs. 4 Nr. 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Art. 13 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c wird wie folgt geändert:

- aa) Nach Doppelbuchst. aa werden die folgenden Doppelbuchst. bb und cc eingefügt:

„bb) die Offenbarung nach Abs. 4 Nr. 1a ist zulässig, soweit sie einer Verarbeitung nach Maßgabe des Art. 6 Abs. 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes dient,

cc) die Offenbarung nach Abs. 4 Nr. 2 kann auch durch Landesgesetz ausdrücklich zugelassen werden,“

- bb) Der bisherige Doppelbuchst. bb wird Doppelbuchst. dd und das Wort „Absatz“ wird durch die Angabe „Abs.“ ersetzt.

- b) Abs. 8 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:  
 „<sup>1</sup>Bei der Hundesteuer finden auf die Verarbeitung personenbezogener Daten die allgemeinen datenschutzrechtlichen Regelungen Anwendung.“

- bb) In Satz 3 werden die Wörter „speichern, verändern, nutzen und“ durch die Wörter „verarbeiten, insbesondere“ ersetzt.“

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20500 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung in geänderter Fassung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. der Stellungnahme seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20843 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in II. der Stellungnahme seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20826 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Enthaltung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge  
Drs. 17/20803, 17/20805 und 17/20937 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20806 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20407 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20407, Drs. 17/20500, Drs. 17/20803, Drs. 17/20805, Drs. 17/20806, Drs. 17/20826, Drs. 17/20843 und Drs. 17/20937 in seiner 187. Sitzung am 13. März 2018 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

der Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20843 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20500 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20826 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Enthaltung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge  
Drs. 17/20803, 17/20805 und 17/20937 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20806 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags  
Drs. 17/20407 hat der Ausschuss mit folgen-  
dem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

5. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20407, Drs. 17/20500, Drs. 17/20803, Drs. 17/20805, Drs. 17/20806, Drs. 17/20826, Drs. 17/20843 und Drs. 17/20937 in seiner 85. Sitzung am 15. März 2018 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung zur Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfohlen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Art. 39a Satz 2 wird als Datum der „24. Mai 2018“ eingefügt.
2. In Art. 40 Abs. 1 Satz 2 wird als Datum des Inkrafttretens der „1. Mai 2018“ eingefügt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20500 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung in geänderter Fassung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20843 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung  
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in die Stellungnahme des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20826 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/20407 und 17/20937 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/20803 und 17/20805 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20806 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung  
SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

**Franz Schindler**

Vorsitzender